



Bund Katholischer Unternehmer e.V.

Diözesangruppe Ruhrgebiet

53. Jahrgang · Nr. 26 · 2. Juli 2011 · Seite 16

IMPULS

Unterbrechung ist Unternehmerpflicht

Die Werbung bleibt unvergesslich: „Mach mal Pause...“ Ja, Pause! Das Fremdwörterbuch des Dudens benennt die griechische sowie die lateinisch-romanische Wurzel dieses Wortes. „Pause“ – das ist zunächst eine Unterbrechung, die der Erholung dienen soll. „Pause“ – das ist aber auch eine kurze Unterbrechung, ein vorübergehendes Aufhören von etwas.

Beides hat gerade für gute Unternehmerinnen und Unternehmer Pflichtcharakter. Ich möchte heute nur den ersten Aspekt aufgreifen; für den zweiten ergibt sich vielleicht später mal eine Gelegenheit.



Propst Manfred Paas, geistlicher Berater im BKU Foto: BKU

Viele nutzen die Sommerzeit zur erholsamen Unterbrechung. Obwohl „man ja eigentlich nicht weg kann, so vieles müsste noch aufgearbeitet werden“ – ist die Gefahr offensichtlich, die der Schriftsteller Eugen Roth in die prägnanten Verse fasste:

„Ein Mensch sagt – und ist stolz darauf – Er geh' in seinen Pflichten auf. Bald aber nicht mehr ganz so munter, geht er in seinen Pflichten unter.“

Wer nicht nur dem Untergang enttrinnen möchte, sondern seine erholsame Unterbrechung als schöpferische Pause nutzen will, der darf sich einen Rat des heiligen Kirchenlehrers Bernhard von Clairvaux zu eigen machen. Bernhard war im 12. Jahrhundert fürwahr ein großer Unternehmer. Als Abt förderte er allein die Neugründung von 68 (!) Klöstern. Und altersewie schrieb er dem „größten Unternehmer seiner Zeit“, Papst Eugen III., eine Denkschrift (De consideratione). Er schrieb ihm einen Denkkzettel, der auch im 21. Jahrhundert an Aktualität nichts eingebüßt hat:

„Alle schöpfen aus Deinem Herzen wie aus einem öffentlichen Brunnen, und Du selbst stehst durstig daneben? Wenn schon der Verdammnis verfällt, wer seinen Anteil schrumpfen lässt: Was geschieht erst mit dem, der ihn sich ganz aus den Händen nehmen lässt (...). Bist Du etwa Dir selbst ein Fremder? Und bist Du nicht jedem fremd, wenn Du Dir selbst fremd bist? Ja, wer mit sich selbst schlecht umgeht, wem kann der gut sein? Denk' also daran: Gönn' Dich Dir selbst. Ich sage nicht: Tu das immer, ich sage nicht: tu das oft, aber ich sage: tu es immer wieder einmal. Sei wie für alle anderen auch für Dich selbst da oder jedenfalls sei es nach allen anderen.“

Manfred Paas

TERMINE

Krankenhausmanagement: Geld oder Liebe?

15. September, 18.30 bis 21 Uhr in Mönchengladbach, Maria Hilf Krankenhaus (Forum).

BKU-Wallfahrt in Verbindung mit dem Papstbesuch

22. bis 25. September, Berlin und Freiburg

BKU-Bundestagung in Aachen

7. bis 9. Oktober

Vortrag: Einwanderung gegen Fachkräftemangel – Wieviel Arbeitsmigration braucht und verträgt Deutschland?

20. Oktober, 18 Uhr, in der Katholischen Akademie „Die Wolfsburg“ und in Kooperation mit der Hochschule Ruhr West: mit Dirk Grünwald, Bauunternehmer und Präsident IHK zu Essen; Prof. Dr. Werner Halver, Ökonom Hochschule Ruhr West, Carmen Tietjen, DGB NRW.

Vorweihnachtliche Begegnung

25. November, 12 Uhr, Gelsenkirchen

Hinweis:

Weitere Veranstaltungen des BKU und seiner Diözesangruppen finden Sie im Internet unter www.bku.de. Hier sind auch Anmeldungen zu den Veranstaltungen direkt möglich.

Liebe Leserinnen und Leser des RuhrWorts,

Die letzten Wochen haben die Schlagzeilen über das Virus EHEC die Medien und Diskussionen beherrscht, so daß einmal mehr die dramatische Verschuldung Griechenlands mit ihren Konsequenzen für Wirtschaft und Währung in der Öffentlichkeit eher unterging. Das Virus hat sich mit tödlichen Folgen verbreitet und uns vor Augen geführt, wie wichtig ein verantwortungsbewusstes, sorgfältiges Handeln ist – beruflich wie privat, bei der Hygiene z.B. in der Landwirtschaft, im Haushalt, im Krankenhaus.

Ein ganz anderes schleichendes Virus zeigt seine Auswirkungen seit langem immer wieder und immer deutlicher: Erst haben viele Politiker gemeint, sie könnten mit einer einheitlichen Währung ein gemeinsames politisches Handeln der Europäer erzwingen. Griechen-

land hat dann noch mit manipulierten Daten eine Mitgliedschaft in der Währungsunion erschlichen.

Jetzt wird immer deutlicher, daß die Steuerzahler heute und auch noch die jungen Generationen in allen EURO-Ländern später über Steuererhöhungen und Inflation die Fehler bezahlen müssen. Der griechische Staat muß aber eigentlich dort einsparen, wo er vorher zu üppige Wahlversprechungen gegeben und das Land über dem Niveau gelebt hat, das es erwirtschaftet hat. Ggf. hilft nur eine Wiedereinführung einer eigenen Währung, denn so könnte das Land gegenüber den EURO-Ländern seine neue Drachme abwerten. Diese Chance einer ehrlichen Lösung hat man schon bei der deutschen Wiedervereinigung den ehemaligen DDR-Bürgern verwehrt und ihnen somit eine unnötig harte Umstrukturierung aufoktroiert. Nur Eigenverantwortung, Vertrauen und Glaub-

würdigkeit führen zu Stabilität und Wohlstand, und so gehören diese Werte bzw. auch das Subsidiaritätsprinzip zu Recht zur traditionellen katholischen Soziallehre.



Wenn auch das griechische Bruttoinlandsprodukt (BIP) nur 2,6 % des BIP der gesamten Eurozone ausmacht, so sind ja jetzt bereits Länder wie Irland, Portugal oder Spanien, aber auch Belgien und Italien auf ähnlichem Wege. Das Problem besteht darin, daß ohne deutliche Konsequenzen viele Länder einfach weiter machen werden wie bisher. Insgesamt aber wird diese Politik, die Länder verwöhnt, nur zu immer größeren Problemen führen zu Lasten derer,

die hart arbeiten und sparsam leben.

Schon jetzt zeigen sich Tendenzen des Separatismus, indem Grenzen innerhalb Europas wieder geschlossen werden, weil die europäische Gemeinschaft von zu vielen ausgenutzt wurde und wird. So verfallen die Menschen von einem Extrem in das andere. Der EURO kann - von denen, die ihn eingeführt haben, als Friedensstifter gedacht, - sogar zu Streit und Unruhen führen – es gab in der Geschichte genug Bürgerkriege, die zeigten, daß die Aufhebung formaler Grenzen nicht vor Kampf untereinander schützt. Hoffen wir, daß die Politik rechtzeitig die Verschuldung an der Wurzel packt und das Steuer herumreißt.

Herzliche Grüße,

Elisabeth Schulte, Vorsitzende der BKU-Diözesangruppe Ruhrgebiet

Sind sie noch zu retten?

Griechen: Kombination aus Umschuldung und Hilfe von außen ist einzige Lösung

Von Marie-Luise Dött

Schon im März dieses Jahres war bei der Grundsatzentscheidung über einen dauerhaften „Euro-Stabilitätsmechanismus“ (ESM) ab 2013 klar, dass Griechenland auch 2013 seine Schulden in Höhe von dann rund 160 Prozent der Wirtschaftsleistung am Kapitalmarkt nicht wird refinanzieren können. Gleiches gilt für Portugal und Irland. Denn wozu bräuchte man einen solchen Stabilitätsmechanismus der europäischen Staaten, wenn diese Länder sich wieder bei privaten Geldgebern die notwendigen Mittel leihen könnten?

Die Mathematik lügt nicht: Bei einem Schuldenstand von 160 Prozent der Wirtschaftsleistung müsste Griechenland selbst bei einem moderaten Zinssatz von fünf Prozent um acht Prozent jährlich wachsen, allein um die Zinsen zu erwirtschaften. Angesichts der mangelnden Wettbewerbsfähigkeit der griechischen Wirtschaft ist das eine Illusion. Also bleiben – zumindest kurzfristig – drei Alternativen: eine Umschuldung, bei der die Gläubiger auf 30 bis 50 Prozent ihrer Forderungen verzichten, oder weitere Transferzahlungen der europäischen Staaten und des Internationalen Währungsfonds oder eine Kombination von beidem.

Gegen eine Umschuldung spricht, dass dies nicht nur absehbar zur Pleite der meisten griechischen Banken führen würde, sondern auch zu einem hohen Verlust der Europäischen Zentralbank. Derzeit hält die EZB mit ca. 150 Milliarden an griechischen Staatsanleihen bereits knapp die Hälfte der gesamten griechischen Staatsschulden in Höhe von ca. 350 Mrd. Euro. Ca. 50 Milliarden hat sie seit Mai letzten Jahres am Markt aufgekauft, ca. 100 Milliarden griechische Staatsanleihen haben die griechischen Banken bei ihr als Sicherheit für reguläre Refinanzierungsgeschäfte hinterlegt. Zwar hat die EZB diese Anleihen nur mit Abschlägen angenommen, aber eine Umschuldung würde sie mindestens geschätzte 30 bis 50 Milliarden Euro kosten. 27 Prozent davon müsste die Bundesbank tragen.

Reformanstrengungen nicht mehr energisch?

Gegen eine Umschuldung spricht weiterhin, dass Griechenland möglicherweise seine Reformanstrengungen zu mehr Wettbewerbsfähigkeit nicht mehr energisch genug fortsetzen würde und bis auf Weiteres am Kapitalmarkt nicht mehr kreditwürdig wäre und dann erst recht auf Kredithilfen der europäischen Staaten und des IWF angewiesen wäre.



Verschuldungskrise in EUROpa: Das Steuer herumreißen! Foto: Schulte

Für eine Umschuldung spricht, dass gemäß dem Haftungsprinzip diejenigen zur Verantwortung gezogen würden, die unvorsichtig oder in spekulativer Absicht die hochverzinslichen griechischen Anleihen erworben und bislang gut an diesen verdient haben, nun auch die Konsequenzen ihres Risikos zu tragen haben. Zudem spricht hierfür, dass nur eine Erleichterung der Schuldenlast es den Griechen ermöglichen wird, eigenständig die Zinslasten zu tragen.

Ebenfalls für einen Schuldenschnitt spricht, dass eine weitere Finanzierung durch Europa und den IWF dazu führt, dass ein immer größerer Teil der griechischen Staatsschulden bei den Steuerzahlern landet. Rechnet man die bislang von Europa seit Mai letzten Jahres an Griechenland ausgezahlten Hilfen zu den bei der EZB liegenden Anleihen hinzu, dann ist bereits jetzt der Punkt erreicht, wo mehr als die Hälfte der griechischen Staatsschulden bei den europäischen und internationalen Steuerzahlern liegen. Dies kann und darf so nicht weitergehen.

Harte Umschuldung keine realistische Option

Was ist die Lösung? Entscheidend ist bei allen Überlegungen, dass Griechenlands Wirtschaft wettbewerbsfähiger werden muss. Eine Pleite des griechischen Bankensystems würde dies unmöglich machen, insofern ist eine harte Umschuldung keine realistische Option. Die nun beschlossenen Eckpunkte für den langfristigen Euro-Stabilitätsmechanismus (ESM) stellen grundsätzlich eine vernünftige Richtschnur für das weitere Vorgehen dar, das eine Kombination aus Umschuldung und weiteren Hilfen ist:

1.) Mit EU und IWF muss ein klares Strukturanpassungsprogramm vereinbart werden, das auf die Stärkung der Wettbewerbs-

fähigkeit der Wirtschaft und Haushaltskonsolidierung abzielt.

2.) Der Internationale Währungsfonds (IWF) muss an der Finanzierung beteiligt sein, da er bei der Konzeptionierung von strikten Strukturanpassungsprogrammen und ihrer Durchsetzung unverzichtbar ist und verhindert, dass es zu „politischen Verwässerungen“ der Auflagen kommt.

3.) Die Schuldenlast muss für das jeweilige Land tragbar sein. Dies bedeutet, dass es in einer Situation, in der die Schulden- und Zinslast nicht tragbar ist, eine wie auch immer geartete Umschuldung geben muss.

4.) Die Forderungen des ESM und des IWF an überschuldete Euro-Staaten müssen Vorrang vor allen anderen Gläubigern haben.

5.) Private Investoren müssen zukünftig in die Mithaftung, was mit sogenannten „Collective Action“-Klauseln bei neuen Anleihen festgeschrieben werden muss. Nur dann macht der Status des ESM als bevorzugter Gläubiger überhaupt Sinn.

6.) Dem ESM muss es verboten sein, Staatsanleihen von anderen als unmittelbar von den Staaten selber zu erwerben. Alles andere wäre ebenfalls mit dem bevorzugten Gläubiger Status unvereinbar.

7.) Schließlich müssen grundsätzliche Entscheidungen des

ESM einstimmig gefällt werden. In Deutschland wäre zur Wahrung des Budgetrechts des Parlamentes ein Beschluss des Deutschen Bundestages in jedem Einzelfall vorzusehen.

Wirtschaft wieder wettbewerbsfähig machen

Für Griechenland bedeutet dies konkret, dass es jetzt eine wie auch immer auszugestaltende Umschuldung geben muss, damit die Schuldentragfähigkeit wieder hergestellt wird. Hieran sind die privaten Gläubiger zu beteiligen. Entscheidend ist aber, dass die Griechen insgesamt – Politik, Wirtschaft und Gesellschaft – schmerzhaft Strukturanpassungen durchführen, die ihre Wirtschaft wieder wettbewerbsfähig machen. Lettland hat vorgemacht, dass dies auch ohne Währungsabwertung gehen kann.

Der Preis ist allerdings hoch: In Lettland wurde das allgemeine Lohnniveau in den vergangenen Jahren um 30 Prozent gesenkt, damit die Wirtschaft wieder wettbewerbsfähig wurde. Wahrscheinlich können die Griechen durch umfangreiche Privatisierungen, Verlängerungen der Wochen- und Lebensarbeitszeit und eine rigorose Durchsetzung der Steuerpflicht diese interne Abwertung deutlich abfedern. Vermeiden können sie es nicht, denn die europäischen Steuerzahler werden nicht bereit sein, die komplette griechische Staatsschuld zu übernehmen.



Marie-Luise Dött MdB, BKU-Bundesvorsitzende. Foto: BKU

Impressum

– nur für diese BKU-Sonderseite –

Nachrichten und Informationen der BKU-Diözesangruppe „Ruhrgebiet“ erscheinen etwa sechs mal jährlich im RuhrWort.

Verantwortlich:

BKU-Diözesangruppenvorstand Ruhrgebiet.

Kontakt:

Elisabeth Schulte (Vorsitzende), Telefon: 0203-99367125, Fax: 0203-99367294125, E-Mail: schulte@unternehmerverband.org, www.BKU.de